

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unentgeltlich eingetragene Manuskripte über-
nimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. Paul Michaelis
Verlag und Druck von Rudolf Müller in Berlin.

Die Verhandlungen mit der Entente.

Besprechung in Paris.

In Paris dürfte heute eine neue Besprechung zwischen dem Generalen v. Frensch und Herrn Dutasta über die endgültige Ratifizierung des Friedensvertrages und über den Wortlaut des beigefügten Protokolls stattgefunden haben. Die Einwendungen, die von deutscher Seite erhoben werden, beziehen sich andauernd auf zwei Punkte: auf die geforderte Auslieferung der Schwimmbotschaften usw. und auf den Satz des Protokolls, dessen Annahme der französischen Regierung die Möglichkeit ließe, die deutschen Kriegsgefangenen aus nach dem Inkrafttreten des Friedens noch in Frankreich zurückzuführen.

Am heutigen Montagvormittag wurde erwidert, daß in der Pariser Presse heute ein Beispiel gibt, Deutschland habe die Ratifizierungsanfrage an Frankreich, zu denen es verpflichtet ist, unterbrochen. So fürchtete in der Presse die Entente, daß die Ratifizierungsanfrage gemeinlich von der Pariser Presse, der Direktor des „Journal de Paris“, die Kriegsgefangenen werden zurückgehalten, weil Deutschland, indem es uns nicht die verlangten Bedingungen liefert, sein gegebenes Wort bricht. In der Pariser Presse aber stehen am nächsten Tage, am 26. November, ein Artikel, der dem französischen Publikum mitteilt, daß der Preis der nach Frankreich gelieferten militärischen Geräte erheblich steigen werde. Und zur Veranschaulichung wurde dazu gesagt: „Die Ankunft von täglich zahlreicheren Wagen mit militärischen Gütern auf unserem Boden wird glücklicherweise Frankreich vor einer zu starken Inflation bewahren.“

Zurückhaltung des Ultimatum an Rumänien.

Ein persönlicher Schritt König Ferdinands bei der Entente.

Paris, 1. Dezember. Der Oberste Rat hat seinen am Samstag Morgen gehaltenen Beschluß, das Ultimatum an Rumänien zu veröffentlichen, noch im Laufe des Sonntags nicht ausgeführt. Diese Maßnahme erfolgte, wie jetzt feststeht, auf Wunsch eines persönlichen Schrittes von König Ferdinand, der dem König von England, Clemenceau und dem König von Italien die Gründe für die scheinbare Zurückhaltung noch nicht habe erläutern können. Wenn der Oberste Rat nun auf einer Abstimmung des Ultimatum vor dem Rat beschließen würde, so müßte die Entscheidung Rumänien ohne Beratung mit dem Parlament getroffen werden. Das jetzige Kabinett, das nur aus Ministern und höheren Verwaltungsbeamten besteht und keine andere Aufgabe als die Kontrolle über die Wahlen habe, könne die Frage des Ultimatum nicht behandeln. Der König möchte nun, da die Zusammenkunft eines neuen Kabinetts an der Spitze des Erbprinzenprinzen Manu ge scheitert sei, die persönliche Verantwortung für Annahme oder Ablehnung des Ultimatum tragen. Er sehr sich daher veranlaßt, dem Obersten Rat um einen Ruffschuß zu erlauben.

Protest der italienischen Sozialisten gegen die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Die italienische sozialdemokratische Partei beklagt den Zurückhaltungsbescheid, der von dem Obersten Rat der Entente für die deutschen Kriegsgefangenen beschlossen wurde. Die Partei hat eine Resolution angenommen, die den Protest gegen das allzu spät erfolgte Ultimatum an Rumänien und die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen zum Inhalt hat. Die Partei hat auch eine Resolution angenommen, die den Protest gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen zum Inhalt hat. Die Partei hat auch eine Resolution angenommen, die den Protest gegen die Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen zum Inhalt hat.

Die Drohung des Generals Nessel.

Zu der Drohung des Führers der Entente, die deutschen Kriegsgefangenen in die Hände der Entente zu geben, hat sich General Nessel, der Kommandant der deutschen Kriegsgefangenen in Belgien, geäußert. Er hat erklärt, daß er die Befehle der Entente nicht ausführen werde, wenn diese die deutschen Kriegsgefangenen in die Hände der Entente zu geben, wenn diese die deutschen Kriegsgefangenen in die Hände der Entente zu geben, wenn diese die deutschen Kriegsgefangenen in die Hände der Entente zu geben.

Schluß der Arbeitskonferenz in Washington.

Wiederzusammentritt im Januar in Paris.

Washington, 1. Dezember. Die internationale Arbeitskonferenz hat ihre Arbeiten beendet. Die Konferenz hat beschlossen, daß sie im Januar 1920 in Paris zu eröffnende neue Sitzung wieder zusammenkommt. Die Konferenz hat auch beschlossen, daß sie im Januar 1920 in Paris zu eröffnende neue Sitzung wieder zusammenkommt.

Schwere Niederlage der Bolschewiki bei Harva.

Bei Harva, 1. Dezember.

Harva, 1. Dezember. Die Bolschewiki haben bei Harva eine schwere Niederlage erlitten. Die Bolschewiki haben bei Harva eine schwere Niederlage erlitten. Die Bolschewiki haben bei Harva eine schwere Niederlage erlitten.

Neue Angriffe der Entente.

Die Entente hat neue Angriffe auf Deutschland unternommen.

Die Entente hat neue Angriffe auf Deutschland unternommen. Die Entente hat neue Angriffe auf Deutschland unternommen. Die Entente hat neue Angriffe auf Deutschland unternommen.

Ein sozialistischer Bürgermeister.

Die kommunale Politik Magdeburgs.

Dr. Paul Michaelis.

Magdeburg, Ende November. Die städtischen Gemeinden sind durch die politische Umwälzung vor ganz neue Aufgaben gestellt worden, und es ist unvorstellbar, daß im Juli nächsten Monats damit auch ein Wechsel in den leitenden Stellen stattfinden wird. In Magdeburg hat die sehr starke und gut organisierte Reichssozialdemokratie die Konsequenzen aus der veränderten Lage geschöpft, indem sie an die Spitze der Stadtverwaltung ihren Vertrauensmann brachte. Der neue Oberbürgermeister Weims war ebenfalls als sozialistischer Sozialist mit als geschickter Organisator bekannt. Seine Berufung war deshalb kein Zufall gewesen, sondern es war nicht an Zufall, daß er an die Spitze der Stadtverwaltung ihren Vertrauensmann brachte.

Der neue Oberbürgermeister Weims, der mit seiner Grundidee und Ziele mit aller Offenheit darlegte, geht nicht zu den Extremen der Theorie, die mit dem Staat durch die Hand wolle. Die kommunale Politik hat das ihre dazu getan, ihn auf die Kunst des Möglichen hinzuweisen. Lieber die frühere „Sozialistische Wirtschaft“ in Magdeburg hat Herr Weims mit seinem Urteil allerdings nicht zurück. Damals wurden alle Aufgaben, die ein Ansehen der Steuerbehörde zur Folge gehabt hätten, zurückgeschickt. Das neue Regime mußte beschließen, daß die Steuern nicht zurückgeschickt werden konnten, sondern er behielt sich nicht, daß die Steuerbehörden bei den Arbeitern besonders groß ist.

Bei aller Sympathie für die Reichsregierung ist Herr Weims auch Realpolitiker genug, um die Notwendigkeit eines starken Preussens zu erkennen. Er wehrt sich gegen eine Entwicklung, die über die Zerstörung Preussens hinweggehen würde. Nur wenn Preußen stark bleibt, können wir zum Selbstbestehen kommen, und ebenso wird die Gemeinde lebensfähig bleiben. Deshalb ist Herr Weims bei der Steuerpolitik Erzbergers nicht einverstanden. Die Selbstverwaltung geht bei der Reichsreform verloren, sagte er mir. Er hält es für ein Übel, daß das Reich über die Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden entscheidet; das kann nur die demokratische Gemeinde selbst, die deshalb auch in ihrer Finanzverwaltung Bewegungsfreiheit behalten muß, und ebenso muß die Gemeindeverwaltung besonnen genug sein, manche an sich wünschenswerte Forderung zurückzustoßen, weil es an den erforderlichen Mitteln fehlt. So hat man in Magdeburg die an sich gewiß nicht unberechtigte Forderung von Schuljahrzahlen bis auf weiteres betagt.

Auch in der Frage der Kommunalisierung lehnt Herr Weims jede Überstürzung ab. Auf dieser Gebiet spielt ja heute die Phantasie der Kommunalreformer besonders stark. Auch in der Übernahme der Rinn- und Theater erdriet. Herr Weims hält sich aber kluglich zurück, weil er nicht finanzielle Verpflichtungen übernehmen will, die die Gemeinde bei einer Umwandlung des öffentlichen Besitztums verhängnisvoll werden könnten. Anders liegen die Dinge bei den Erbschaften, die unter ihrer heutigen Verwaltung faum den bestehenden Ansprüchen genügt.

Großere Bewegungsfreiheit war bei der Bekämpfung der Wohnungsnot möglich. Auch in Magdeburg ist ein empfindlicher Mangel an Wohnmöglichkeit. Besonders ist der Zustrom aus den belebten Gebieten sehr stark. Man hat denn auch ein Wohnungsamt mit einem Direktor an der Spitze geschaffen. Trotz der wachsenden Schwierigkeiten sind von der Stadt 600 Wohnungen gebaut worden. Es wurde noch mehr gefordert, wenn die städtischen Zuschüsse nicht an die Hand zu gebunden würden. Herr Weims hält, und wohl zurecht, den Flachbau für die Zweck seiner Stadt für weniger geeignet. Wenn er auch den Bau von Mietwohnungen ablehnt, so erachtet ihn doch ein dreigeschossiges Wohnhaus ohne Seitenflügel und Hinterhaus als die zweckmäßigste Bauform. Am auch größere Kreise für die Wohnungsreform zu interessieren, bemüht sich Herr Weims, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadtverwaltung und der einschlägigen Industrie aufzubauen, deren Aufgaben allerdings nicht bloß auf die Herstellung von Arbeiterwohnungen beschränkt bleiben sollen.

Ein weiteres kommunales Problem liegt in dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Erwerbslosen ist in Magdeburg, worauf schon früher hingewiesen wurde, nicht allzu groß. Aber Herr Weims sieht in der Arbeitslosigkeit mit Recht einen Arbeitsbeschaffung. In Magdeburg sind denn auch verschiedene Betriebe gemacht worden, um die Zahl der Arbeit zu vergrößern. Vor allem ist überall, wo es möglich erschien, die Akkordarbeit eingeführt worden, auch bei den Hoffstandsarbeiten. Ohne Akkordarbeit kommen wir heute nicht aus, erklärte Herr Weims. Es wurde der Gruppenakkord eingeführt, bei dem eine bestimmte Zahl von Arbeitern einen bestimmten Auftrag übernimmt. Bei der Umwandlung des Forts II in Baracken ging man noch einen Schritt weiter, es wurde eine gemeinnützige Arbeitsgemeinschaft gegründet, die Unternehmer und Arbeiter zu

Reliquien der russischen Armee.

Die russische Armee hat Reliquien in Deutschland abgeworfen.

Die russische Armee hat Reliquien in Deutschland abgeworfen. Die russische Armee hat Reliquien in Deutschland abgeworfen.

Englands Wohlwollen gegenüber Ungarn.

Telegramm unseres Korrespondenten.

London, 1. Dezember. Die Tatsache, daß die ungarische Friedensdelegation nun doch erst gegen Weihnachten nach Paris berufen werden soll, deutet darauf hin, daß sich in dem Augenblick, da die Frage des Friedens mit Ungarn aktuell wird, neue Gegensätze zwischen den Verbündeten ergeben. England legt den Ungarn gegenüber jetzt auf fallen des Wohlwollens an den Tag, offenbar um sich einen Sieg nach dem Orient zu sichern und entscheidenden Einfluß auf den Donauraum zu gewinnen. In Prag und Belgrad erregt die Haltung Englands bereits einige Verwirrungen. Aber auch in Wien fürchtet man, daß unter diesen Umständen Deutsch-Oesterreich noch des einzigen Gewinners aus dem Friedensvertrag, die Ungarn zu verlustig gehen könnte. Frankreich scheint auch Ungarn gegenüber bedingungslos auf der Seite der Nationalstaaten zu stehen.

Die Mitteilung des englischen Premierministers Lloyd George.

Die Mitteilung des englischen Premierministers Lloyd George.

Die Mitteilung des englischen Premierministers Lloyd George im Unterhaus, daß er eine Hilfsaktion für „Central Europe“ möglichst durch große Kredite für notwendig halte, ist auf Fragen des Garis Gurnon und des Lords Cavendish-Bentinford beantwortet worden. Lloyd George hat erklärt, daß er die Frage lediglich von dem Gebiet des früheren Oesterreich und der ersten Lage deselbst getrennt haben. Von Deutschland kein Wort. Das entspricht der gegenwärtig vorherrschenden Stimmung in England, und es bleibt dahingestellt, ob Lloyd George den Inhalt der Fragestellung in seiner Antwort abschließend erörtert oder aus Bescheidenheit von „Central Europe“ gesprochen hat. Das England-große Kredit für seine Gebiete seit längerem in Betracht zog und darüber mit Amerika gesprochen hat, war bekannt.

Der „Mantel“ veröffentlicht einen Aufruf an die italienischen Arbeiter.

Der „Mantel“ veröffentlicht einen Aufruf an die italienischen Arbeiter.

Der „Mantel“ veröffentlicht einen Aufruf an die italienischen Arbeiter, die hungernden und freisenden Wiener Kinder in die Hand zu nehmen und dadurch wenigstens den Verdammungen und Erfrieren zu retten.

Der Streik um den Aufstieg.

Die Bitterfelder Arbeiterkämpfe.

Noch immer ist der Streik im Bitterfelder Gebiet nicht beendet, wenn es auch jetzt den Anschein gewinnt, als ob eine Verständigung nicht mehr fern ist. Die verhältnismäßig kleine Ursache zu diesen gerade in jetziger Zeit doppelt bedauerlichen Kämpfen lag in der verschiedenen Meinung des Aufstiegs. Die Beschlüsse des Antimilitarischen Komitees sowie am Aufstieg arbeiten, während die Direktion auf die Anwendung des Streikrechts drang. Wie hatten einige Zweifel daran geäußert, ob es gerechtfertigt gewesen sei, die Arbeiter in einer Zeit, in der die Kohlenförderung dringender als je sei, gewaltsam zu Untertanigkeit zu zwingen. Dazu erhalten wir vom Bitterfelder Unterverband des Arbeitgeberverbandes für den Braunkohlenbergbau eine Zuschrift, in der darauf hingewiesen wird, daß die Braunkohlenbergbau auf Aufstieg hinsichtlich gefördert haben, soweit die Möglichkeit vorlag, die geforderten Kohlen in bereitgestellte Eisenbahnwagen zu verladen oder sonstwie zu verwenden. Dazu seien die Gruben auf Grund der Reichsbergbauordnung berechtigt gewesen. Dann heißt es in der Zuschrift weiter:

Ganz unklar liegen die Verhältnisse in der chemischen Industrie, deren Arbeiter die gleiche Bestimmung nicht zur Seite stand. Sie waren an die Bestimmungen der Schlichtungsstelle unter allen Umständen gebunden, ganz abgesehen davon, daß infolge Rohlmangels (sowie die Arbeit der Arbeit an Bergbau vollkommen unproduktiv gewesen wäre). Zudem entsprang das Verlangen der Arbeiter der chemischen Industrie, ein Aufstiegs zu erwerben, keineswegs dem Wunsch einer Produktionssteigerung oder gesteigerten Arbeitslast, sondern lediglich dem Wunsch, ein einigermaßen ausreichendes Einkommen zu erhalten. Die Kohlenförderung zu erlangen, um damit ihre Arbeitsleistung zu belegen, geschähe den Bestimmungen zu bewilligen. Die Zuschrift weist dann noch auf die schweren Ausschreitungen in Wölschen am Aufstiegsort hin, die wir natürlich auf das schärfste verurteilen. Aber davon abgesehen, ist ohne weiteres zugeben, daß die Direktion von Wölschen nach Lage der Verhältnisse nicht anders handeln konnte. Die Frage ist nur, ob es wirklich in der Zeit war, die Anerkennung oder Nichtanerkennung des Aufstiegs zu einer Strafprobe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszuwaschen zu lassen. Auch wenn man von allen zweifellos vorhandenen Minderheiten einiger Betriebsräte abstrahiert, ist es offensichtlich, daß die Arbeiter der chemischen Industrie nicht gerade erfreut sein konnten, wenn die Bergarbeiter zur Arbeit gehen ließen, während sie selbst zum Stillstand kamen. Daran konnte die chemische Industrie allerdings nichts ändern und infolge wurde sie von dem Konflikt ohne eigene Schuld betroffen. Aber es wäre doch wohl richtiger gewesen, wenn die Ausnahmestimmungen für den Aufstieg ganz allgemein auf das Bitterfelder Gebiet ausgedehnt worden wäre. Es läßt sich hier nur ein Beispiel anführen, der sehr unzureichende Konsequenzen im Gefolge hatte.

Eine monarchistische Partei in Bayern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 1. Dezember. Eine monarchistische Partei wurde gestern in München gegründet. Die Gründungsversammlung war besetzt von 200 Delegierten, die aus fast allen Teilen des Landes gekommen waren. Sie war interessiert, vor allem dadurch, daß man erfuhr, wo eigentlich die Mitglieder der neuen Partei sitzen sollen: nämlich im Reichstag. Sie gegen den Weg hin, das besonders stark in Betracht zu ziehen, in der Übergang zum Reichstag in Unterfranken, aber auch zum Reichstag in Bayern, wo besonders der Klerus als Mittelpunkt bezeichnet wurde. Keinen Doubt findet die neue Partei, wie in der Gründungsversammlung noch von den hier gemachten Erfahrungen der Propaganda mitgeteilt wurde, in den Großstädten und in den Kreisen Mittel- und Schwaben. Das Reichstagswort wird in der Verfassung als notwendig bezeichnet vor allem zur Erhaltung der Gesetzmäßigkeit.

Der Bayerische Bauernbund hat in seiner Delegiertenversammlung den erkrankten und feinerzeit aufgestellten Beisitzer

Handzeichnungen in der Nationalgalerie.

P. St. Für die bessere Ausbarmodung der Museen ist in dem Reichstag bisher in keiner Weise getan worden. Es ist oben auf allen Gebieten dieselbe Gefährdung, die niemals früher an das Volk gedrückt haben, stellen in möglichst erweiterter Bevölkerung phantastische Forderungen auf, deren Sinnlosigkeit leicht nachzuweisen ist. Von den leicht erfüllbaren Forderungen, die einige von uns lange erhoben haben, bevor es Mode war, für das Volk zu denken, ist dann weiter gar nicht die Rede. Und so bleibt, unter freundlicher Mithilfe der Exzentrer, alles halbwegs beim alten. Die jungen Männer, die das meiste Interesse an der Sache der weniger klugen Stadtbürger zeigen, werden.

Unter diesen Umständen ist es doppelt erfreulich, wenn doch einmal ein Schritt vorwärts getan wird. Ein solcher Schritt ist die ständige Aufstellung von Handzeichnungen deutscher Maler, die Ludwig Justi in der Spitze der Nationalgalerie im früheren kaiserlichen Palais eingerichtet hat. Es sind hunderte Bilder angekauft worden. Und Justi hat diese Bilder dann gesammelt. Man kann die seine Ausgabe, ein für diese Zeit höchst anständiges und dabei doch billiges Museum, in die Aufstellung mitnehmen und sich so vor den Vätern die sehr feinen Erklärungen und Hinweise geben lassen. Oder man kann die große Ausgabe mit den schönen Reproduktionen zu Hause lesen. Beide Väter sind im Verlag Julius Bredt erschienen. Aber sie mit eingehender Beschreibung der Bilder durchzusehen, wird den deutschen Menschen näher geliebt und zugleich dem Verständnis dafür, was die unmittelbare künstlerische Handarbeit bedeutet.

Die Auswahl der Künstler und der Blätter ist im ganzen glücklich. Vollständige Lebensentwürfe wird ja in solchen Dingen nie zu erreichen sein. Hier scheint, daß man in einer Sammlung von Zeichnungen und nicht auslassen dürfte, auch wenn man die Malerei seiner früheren Jahre entschieden ablehnt. Der Zeichner Zeit geht es um die letzten, die wir haben. Ferner vermisse ich Oberländer, um den die ganze Gruppe Münchener Zeichner des Kulturkampfes gefordert sein müßte. Das ist ein internationaler gültiger Wert, mit dessen Ausübung man der deutschen Kunst des Jahrhunderts ein Konzept auflegt. Ganz unverhältnismäßig ist mir ferne, daß Räte Köhler nicht vertreten ist. Schon ihr Rang hätte für einen Platz fordern müssen. Dazu ist er aber doch noch der einzige Künstler, der in dem neuen Sinne des Wortes vollständig genannt werden kann.

Vielleicht läßt sich bei einer Eingruppierung dieser oder jener Werke absehen. Denn es scheint, daß die Wirtschaftlichkeit des Raumes auf die Zahl und damit die Auswahl gewirkt hat. Aber der Raum ist auch für hunderte Blätter zu eng. Zeichnungen, die hoch hängen, können nicht so angesehen werden, wie es der Zweck dieser Ausstellung fordert. Und wenn häufig Besucher zugleich in dem Raum

auf Aufschüttung Sandbecken und Abfluss ermöglicht gemacht.

Der nichtbezahlte Schichtenlohn.

Eine Kabinettsorder vom 17. 11. 1918.

Die Schichtenlöhne zu Delfen in der Neumark hat eine merkwürdige Klage gegen den Staat angebracht. Sie verlangt die Zahlung einer Summe für den Schichtenlohn und fügt sich dabei auf eine Kabinettsorder vom 19. April 1748. Der mehrheitssozialistische Abgeordnete Bräuner hat auf diesen Vorgang hin folgende keine Anfrage an die preussische Regierung gerichtet:

Ist die Staatsregierung bereit, in die Prüfung aller Kabinettsordern einzutreten und dieselben aufzuheben? Man möchte eigentlich annehmen, daß nach der Zeitigung der Dynastie alle bezahlten Kabinettsordern gegenstandslos geworden sind. Oder sollte eine neue Revolution notwendig sein, um auch die königlich subventionierten Schichtenlöhne zu stützen?

Erhöhung der Unfallrenten und des Krankengeldes?

Kleine Anfragen in der Nationalversammlung.

Die unabhängige Abgeordnete Frau Jley hat an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet: Mit der Regierung bekannt, daß die Unfallrenten sich in der letzten Zeit befinden und in Gefahr sind, infolge der unzureichenden Rente in Geld zu versinken? Ist die Regierung bereit, durch Erhöhung der Rente und durch Gewährung einer Entschadigungsumme der größten Not zu helfen?

Der sozialdemokratische Abgeordnete Jaker fragt an: Der Grundlohn für die Bemessung der beiden Renteleistungen der Krankenkassen beträgt nach der Reichsversicherungsordnung vom 22. November 1917 bis zu 8 Mark im Jahr. Bei der Bemessung des Krankengeldes nach dem wirtlichen Arbeitsverdienst kann der Grundlohn bis zu 10 Mark festgelegt werden. Die Versicherungsleistung der Angestellten erhohlt nach der Verordnung des Reiches der Volkswirtschaft vom 22. November 1918 bei Lebensversicherung eines Gehalts von 5000 Mark. Beide Bestimmungen sind unhalbar geworden. Da die meisten Krankenkassen nur 50 Prozent des Grundlohnes als Krankengeld bezahlen, die 50% in den Grostadten nur ein geringes Arbeitslohn bis zu 80 Mark im Jahr betragen, ist das Krankengeld im Verhältnis zum Lohn und in Anbetracht der hohen Kosten, immer mehr steigenden Preise für alle Lebensbedarfsartikel wie zu niedrig. Bei längerer Krankheit werden die Familien der Kranken ruiniert. Aber auch die Krankenkassen kommen mit den 50 Prozentigen vom Grundlohn erhebbaren Beiträgen nicht mehr aus. Eine Erhöhung des Grundlohnes ist unbedingt erforderlich. Das Erhöhen der Versicherungsleistung der Angestellten bei Lebensversicherung eines Gehalts von 5000 Mark hat bereits dazu geführt, daß der größte Teil der Angestellten, die früher Versicherungsleistung waren, heute nicht mehr versicherungspflichtig sind. Auch die jetzige Bemessung noch länger bestehen bleibt, wird in Bezug die Versicherungsleistungen nicht mehr ausreichen zum Leben der Arbeiter. Ist die Regierung bereit, der Nationalversammlung mit größter Beschleunigung ein Gesetz vorzulegen, welches diese Bestimmungen dem heutigen Verhältnis entsprechend regelt? Bis zur allgemeinen Reform der Reichsversicherungsordnung kann die Erhebung dieser Frage nicht hinausgeschoben werden.

Oasen den Zug von Ausländern.

Der Zentrumabgeordnete Taud hat folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet: Die Wohnungsnot in den Städten wird in den kleineren Orten ist uberal gleich groß, obwohl vom Reich, von den Ländern und den Gemeinden viele Gründen zur Schaffung neuer Wohnungen aufgegeben wurden. Der Grund, warum keine Besserung verspürt wird, liegt nach Angabe von Kreisen, die sich eingehend mit der Sache beschäftigt haben, darin, daß aus dem Ausland, besonders aus den Ostländern, Laufende zu einwandern. Ein Bericht spricht davon, daß in letzter Zeit 60 000 Galizier ein-

wandern, die die Möglichkeit eines geruhlichen Wohnens nicht mehr gegeben. Und was etwas Besonders sein soll, zu eindringender Betrachtung lebend, wird mir ein Aufstellungssatz mehr, durch den die Menschen mit unruhig schwelbendem Blick laufen — mit diesem Blick, der alles Unheil über die moderne Kunst gebracht hat.

Dr. Professor Selzer 70. Geburtstag. Am 5. Dezember wird der außerordentliche Professor Dr. Oswald Selzer, einer der bedeutendsten Ethnologen, 70 Jahre alt. Gedrugt in Stroussen an der Ober, war Selzer anfänglich Lehrer am Dorchesterhochschul-Koniginstitut, wurde sich dann im Studium der amerikanischen Sprachen, Völker- und Altersumstände zu und wurde Vizepräsident am Museum für Völkerkunde in Berlin sowie Leiter des internationalen ethnologischen Instituts in Mexiko. Seine Schriften behandeln die Geschichte, Kultur und Sprache der Völkerstämme, die wahrscheinlich vor der kollektiv-ethnologischen Einwanderung die ganze mexikanische Küste bewohnten, und die jetzt in Mexiko und den zentralamerikanischen Staaten anzufragen sind. Weiter verfaßte er Reiseberichte aus Amerika, veroffentlichte die mexikanischen Silberbeschreibungen H. v. Humboldt in der hiesigen Staatshochschule, ferne die Wandmalereien der Völker von Mexiko, die gesammelte Abhandlungen zur amerikanischen Sprache und Altersumstände erscheinen und gab mehrere unerschlossene literarische Denkmäler alter amerikanischer Kultur heraus. Selzer ist Mitglied der Berliner Akademie der Wissenschaften sowie zahlreicher in- und ausländischer gelehrter Vereinigungen.

Wissenschaftliche Nachrichten. Der frühere Oberpräsident der Provinz Westfalen, Herr Dr. Hermann v. Seldene, ist im 78. Lebensjahre im hiesigen Hofgarten in der Umherfahrt der Umherfahrt in Siedberg erkrankt worden.

„Fimiliga.“ In der Deutschen Gesellschaft sind die konstituierende Ausschuss und Vertretung der „Fimiliga“ statt. Die „Fimiliga“, zu deren Vorstand Professor Joch, Otto Aulst, Dr. Maximilian Pfeiffer und Frau Dr. Wegscheider gehören, will das in Reichstagen führen, um so allmählig das Völkerrecht zu verändern. Sie will eine Art „Völkerbund“ für den Fimiliga sein. Ihre Mitglieder haben unter anderem folgende: Peter Behrens, Carl Hauptmann, Karl Reinhard, Emil Orlik, Bruno Paul, Rudolf Prebber, Paul Wegener, Fritz v. Joubert und Dr. Bruno Wille. Die Fimiliga will sehr eifrig eintreten, da die fünfzehnte Jener im freizeithlichen Sinne einer Eingruppierung eines Bereichs von Kunst-, Gelehrten und Volkerwissen ausgespart werden. Von Seiten der Reichstagen sprachen sich Anterhauspolitiker ebenfalls in diesem Sinne aus. Am 12. Dezember, nachmittags 5 Uhr, veranfate die „Fimiliga“ im Hofgarten des Konigsplatzes in einem Vortrag über ihre Ziele eine Vorlesung von ausgwahlten Fimiliga. Karl Wegener wird über Möglichkeiten im Reichstag sprechen.

wandert sind, haben innerhalb zwei Wochen allein 9 000 nach Frankfurt. Durch solche Einwanderungen in Massen kann keine Besserung der Wohnungsnot eintreten, und es besteht die Gefahr, daß die deutsche Familien aus ihren Wohnungen verdrängt werden. Ist die Regierung bereit, Maßnahmen zu treffen, die dahin gehen, bei erst dann Kulden der Wohnung erhalten, wenn die deutsche Bevölkerung menschenwürdig untergebracht ist?

Die Verleihung des Professorentitels.

Eine Erklärung des Kultusministers.

Auf eine Anfrage des demokratischen Abgeordneten Wlach über die Verleihung des Professorentitels hat der preussische Kultusminister, wie folgt, Erklärung abgegeben:

Nach dem am 14. August 1918 erfolgten Inkrafttreten der Reichsverfassung ist, abgesehen von der Verleihung des Professorentitels an im Verbands der Hochschulen und Akademien stehende Personlichkeiten, der Professortitel in 15 Fällen verliehen worden. Darunter befinden sich 4 Werzte und 3 Kunfiker. In allen Fällen handelt es sich um Verleihungen, die bereits vor dem 14. August in die Wege geleitet waren, deren gesetzliche Grundlage jedoch aus tatsächlichen Gründen nicht bis zu diesem Zeitpunkt erfolgen konnte.

Die Annahme, daß der Titel nach Inkrafttreten der Reichsverfassung sofort an Werzte und Kunfiker verliehen sei, dürfte darauf zurufzufuhren sein, daß die Ausschuhung früherer Professorentitel an die Belehenden durch die nachdemigen Werzten zum Teil erst nach dem 14. August erfolgt sein mag, und daß die nicht von Seiten des Ministeriums veranfaten Verleihungen über einzelne frühere Verleihungen in größerer Zahl erst nach dem 14. August in der Tagespresse erschienen sind.

Mit Rückblick auf die zwischen der preussischen und der Reichsregierung stehenden Erklärungen über die künftige Gestaltung des Titels über den Titel 109 der Reichsverfassung ist die weitere Verleihung des Professorentitels einstweilen eingestellt worden.

Um früher wird über die Frage der Titelsbeziehungen demnach die Beschlusfassung des Reichsministeriums erfolgen, wobei auch darüber Bestimmung getroffen werden soll, ob und welche Beziehungen noch zu Professoren erkannt werden können.

Der Parteitag der Anobhangigen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die heutige Fortsetzung des Parteitages der Anobhangigen des Reichstages, der in dem Sitzungssaal des Reichstages in Berlin stattfand, wurde von 300 Mitgliedern besucht. Die Mitgliederzahl ist auf das Doppelte, etwa 60 gestiegen. In längeren Ausführungen verbreitete sich der Redner über die Arbeiterarbeit. Das Proletariat darf sich nicht in Politik und Religionen ergehen. Wenn man an der Arbeitsvertragsangelegenheit der Arbeiterpolitik über ein Scheitern geteilt wäre, wäre Deutschland vollständig eine Kolonie der Fremden geworden sein. Deutschland bedarf des dementsprechenden Eingreifens der Anobhangigen, das es vor diesem Schicksal bewahrt gehalten sei. Die internationale sozialistische Politik ist der Rechten des Handelns der Partei im Jahre 1919 gewesen. Weiter sprach der Redner von der Unterdrückung in Fähren der Lösung von Parteigenossen, die es als Politikum betrachtet. Die Zeitfragen der Partei wurde wie eine Erklärung der Vorarbeiten. Das Jahr 1919 ist für die Partei ein erfolgreiches, aber auch ein operatives gewesen. Wolf (Gotha) erforderte den Bericht der Kontrollkommission. In der Aussprache über den Gesellschafterbericht nahm zuerst Pries (Rln) das Wort. Er betonte, es hat im letzten Gebiet die nationalsozialistische Richtung sehr stark um sich gewirkt und daß die Arbeiterbewegung diesen scheinbarhen Weg, der hier scheinbar die Arbeiterbewegung umfassen, nicht gehen würde, unterhalte, wenn beim letzten großen Streik habe sich der Kapitalismus auf die Seite der Arbeiter gestellt, weil er erkannt habe, daß hier eine schauwinstliche Bewegung zu entfassen sei.

Die Kasseler Bürgerchaft gegen Scheidemann.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

In einer Versammlung des großen Kasseler Bürgervereins sowie der Kasseler Bürgerbewegung wurde gegen die Radikalisierung Scheidemanns Einspruch erhoben. Man forderte die offizielle Ausschreibung des Oberburgermeisterpostens.

Der Anschluß Korburs an Bayern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die Volkstiftung lehnte den ahntrager Gemeindefreistellung mit 23877 Stimmen für Bayern und 3027 für Korburs ab. Damit ist der Anschluß an Bayern gescheitert. Die Wahlberechtigung betrug 47 75 Prozent. Gegen dreifach ländliche Orte stehen noch aus, jedoch über sie nicht an der überwiegenden Mehrheit für den Anschluß an Bayern.

Eine Tagung für Segularreform.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

St. Leipzig, 1. Dezember. In Leipzig tagte am 20. November unter Vorsitz von Justizrat Rosenzweig (Berlin), Dr. Magnus Hirschfeld (Berlin) und Dr. Helene Städler (Berlin) die Delegiertenversammlung des deutschen Bundes für Mutterrecht, sowie der Internationalen Vereinigung für Mutterrecht und Segularreform. Es wurde beschlossen, im Juli/Juni 1920 eine Tagung des Segularreform zu veranstalten, auf der Vorträge über das Segularrecht gehalten werden.

Preussisch-Schweidische Klassenlotterie.

In der heutigen Vermittlungsziehung waren:

- 2 Gewinne zu 10 000 Mark auf Nr. 171 406.
- 2 Gewinne zu 10 000 Mark auf Nr. 221 986.
- 4 Gewinne zu 5 000 Mark auf Nr. 97 083, 145 180.
- 60 Gewinne zu 3 000 Mark auf Nr. 57 072, 12 147, 16 222, 22 730, 50 514, 54 317, 57 941, 60 981, 64 560, 66 297, 70 646, 74 894, 78 313, 80 428, 100 882, 103 225, 107 147, 108 830, 113 969, 115 207, 120 529, 125 730, 127 705, 133 224, 171 073, 173 569, 185 042, 187 213, 207 594, 215 546, 218 784, 221 421, 227 875, 235 530.
- 138 Gewinne zu 1 000 Mark auf Nr. 1502, 51 63, 93 097, 10 259, 10 877, 11 150, 19 770, 20 132, 24 444, 24 850, 28 291, 30 308, 31 137, 38 079, 39 016, 39 436, 49 881, 45 403, 46 055, 50 818, 52 085, 53 900, 54 778, 55 385, 63 946, 70 772, 75 004, 76 013, 76 013, 76 452, 78 350, 79 281, 83 533, 89 394, 90 615, 100 882, 103 225, 107 147, 108 830, 113 969, 115 207, 120 529, 125 730, 127 705, 133 224, 171 073, 173 569, 185 042, 187 213, 207 594, 215 546, 218 784, 221 421, 227 875, 235 530.

Die Gewinnerliste ist im Anhang der Zeitung „Vorwort“ zu veroffentlichen, auf der Vorträge über das Segularrecht gehalten werden.

Der neue Generalpardon.

Zum Antrag Trimborn.

Nachdem die Reichsversammlung am wenigsten Tagen durch die Nationalversammlung angenommen wurde, ist dieser ein Antrag über Steuererleichterungen...

Nach diesem Entwurf soll derjenige, der vor dem Inkrafttreten der Reichsabgabensatzung Vermögen oder Einkommen nicht angegeben hat, das zu einer Reichs-, Landes- oder Gemeindesteuer hätte veranlagt werden müssen...

Es handelt sich also um eine Wiederaufnahme des sogenannten Generalpardon. Sollte dieser Antrag angenommen werden, so wird damit eine Forderung erfüllt, die wir seit geraumer Zeit immer wieder erhoben haben...

Anstatt nun diese Bestimmung in eine wirklich zweckentsprechende Form zu bringen, wie wir das auch forderten, hat die Staatskommission sich vollkommen geteilt...

Die jetzige Fassung ist in dieser Beziehung bedeutend günstiger. Weist nämlich der Steuerpflichtige einwandfrei nach, dass Vermögen bereits am 31. Dezember 1913 vorhanden war, so ist er nicht verpflichtet...

In den Fällen, in denen Vermögen erst nach dem 1. Januar 1914 erworben wurde, ist natürlich die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs in voller Höhe zu erheben...

Aufhebung laufender Verträge.

Die vor und während der Revolution abgeschlossenen Kraftwagenverkäufe.

Sämtliche deutschen, im Verein deutscher Motorfahrzeug-Industrieller vereinigte Kraftwagenfabriken haben sich einig gemacht, die vor und während der Revolution zu verbürgerten Preisen abgeschlossenen Kraftwagenverkäufe zu annullieren...

zelen Werke durch Erfüllung der Verträge haben während, derzeit bedeutend, was sie direkt zum völligen Ruin der Firmen führen würden...

Wenngleich die für die Aufhebung der Verträge angeführten wirtschaftlichen Gründe eine gewisse Beachtung verdienen, so erscheint uns doch die rechtliche Grundlage für eine so radikale und weitgehende Lösung von vertraglichen Verpflichtungen recht zweifelhaft zu sein...

Die vorläufige Erhöhung der oberschlesischen Kohlensteuern nach der „Breitener Zeitung“ 13. M. pro To. betr.

„Giltigkeit“ Akt-Ges. für Braunkohlenverwertung. Die ausserordentliche Generalversammlung hatte sich mit dem Antrag der Verwaltung zur Erhöhung des Aktienkapitals von 1 478 000 Mark...

Hauptstadt Akt-Ges. Berliner Eisengieserei und Gusstahlfabrik in Berlin-Lichtenberg. Der Grund dafür, dass die Gesellschaft jetzt eine ausserordentliche Generalversammlung zwecks Beauftragung und Wiederholung der Beschlüsse der letzten Jahre betreffend Herabsetzung des Grundkapitals von 1 400 000 M. einberuft...

Zur Interessengemeinschaft Delbrück Schickler & Co. von der Heydt & Co. wird von beteiligter Seite mitgeteilt, dass Karl von der Heydt und Freiherr Imre von Palm bei der Firma Delbrück Schickler & Co. einmündlich als alleiniger Geschäftsführer...

Neue Preisermäßigung für Spiegelglas. Der Verein deutscher Spiegelglasfabrikanten hat den Konzernanschlag für sämtliche Fabrikate auf 30 pCt. Der Aufschlag für Ornamentglas beträgt künftig 50 pCt.

Die schweizerischen Forderungen an Deutschland. Die ausserordentliche Generalversammlung der schweizerischen Firmen von Deutschland zu fordern haben, die schweizerische Regierung veranlasst, eine Abänderung des Obligationenrechts im Wege der Notverordnung zu erwirken...

Serradella 83-103 M. Wiesenhan, Jose 32-35 M. Kleebau 38-40 M. Stroob; drahtgepresst 13-15 M. gebündelt 11-12,50 M. Runkelröhren je nach Abblatation 5,50-6,50 M. Koblöhren, gelbe 5,50-6,50 M. weisse 5,50 M. M. Obere, rote 8,25-9,25 M.

An der Börse

Die Haltung sehr fest auf neue grosse Käufe des Publikums und des Auslandes. Bei beharrlichem Geschäft war ein Teil der Auslandsverkaufer weiter stark begehrt. Im Mittelpunkt des Interesses standen die Aktien der Schaubertbank, die sich ergrübt um etwa 90 pCt. im Kurse hoben...

Papiere mit fortlaufend notierten Kursen.

Table with columns: Papiere mit fortlaufend notierten Kursen, including various stocks like S. Sch. 1, 2, 3, etc., with prices and percentages.

Schwankungen fortlaufend notierter Notierungen.

Table with columns: Schwankungen fortlaufend notierter Notierungen, listing price fluctuations for various securities.

Papiere mit Einzelkursen.

Table with columns: Papiere mit Einzelkursen, listing individual stock prices and their changes.

Im freien Verkehr begehrt wachsend sich Baltimore-Shares auf 318 pCt. (-6 pCt.). Canada-Shares auf 1025 pCt. Ab. Kolonialwerte setzen zehntausende ihre jetzige Kursuntergrenze fest...

Table with columns: Telegraphische Notierungen, listing telegraphic prices for various commodities like sugar, coffee, etc.

